

Für unsere deutschsprachigen Leser

Editorial

Die Salamitaktik? Sie funktioniert leider (fast) immer!

Wenn es klar ist, dass der sofortige Verzehr eines ganzen Salamis für die Bevölkerung zu unverdaulich erscheint – dies auch, weil dessen orale Verabreichung nicht möglich und andere Formen der Verabreichung zu schmerzhaft wären für die meisten Leute – greifen Regierungen oder auch

EROS N. MELLINI



von ihr erwartet, hatte niemand die Kraft und die Lust, ein zweites Referendum zu lancieren, und der Preisaufschlag wurde gutgeheissen. Kurz danach erfolgte ein weiterer Beschluss, den

einzelnen politische Bewegungen auf die Salamitaktik zurück. Nur eine Scheibe aufs Mal, unterbrochen von (mitunter nicht mal so) kleinen, aber entscheidenden Zwischenpausen; deren Endziel ist es, fast schmerzlos Massnahmen gutheissen zu lassen (respektive durchzusetzen?), die – wenn auf einmal verabreicht – mit allergrössten Zweifeln an der Glaubwürdigkeit von deren Autoren empört abgelehnt würden.

Ich erinnere mich gut an das erste Beispiel dieser Taktik, aber wahrscheinlich hat es deren schon weitaus vorher gegeben, allerdings bezweifle ich, dass dies früher in der Häufigkeit der letzten Jahrzehnte zutraf. Es war anfangs der 60er Jahre, und es ging um einen Bundesbeschluss, den Benzinpreis um 7 Rappen (wohlverstanden: 7 Rappen) pro Liter zu erhöhen, um den Nationalstrassenbau zu finanzieren. Nun, dagegen wurde das Referendum ergriffen, es kam zur Volksabstimmung, und das Vorhaben wurde abgelehnt. Die Regierung zog ihre Lehren daraus, und nach nur einigen Monaten beschloss sie, die Salamischeibe etwas zu schmälern, und schlug einen Benzinpreisaufschlag von 5 Rappen vor. Wie

Preis um zusätzliche 2 Rappen zu erhöhen, und voilà: der ganze Salmi war serviert. Von da an wurden fortlaufend weitere Wurstwaren präsentiert, womit Bundesbern alle seine gesetzten Ziele erreichte, indem man falsche Daten und leere Versprechungen vorlegte, um Projekten zum Durchbruch zu verhelfen, deren negative Konsequenzen weitaus schlimmer waren als angekündigt. Der Europäische Wirtschaftsraum, Schengen (die Kosten betragen nur 10 Millionen Franken pro Jahr, in Tat und Wahrheit wurden es zehnmal mehr), der Freie Personenverkehr (es gebe nur maximal 7-8'000 zusätzlicher Einwanderer, tatsächlich wurden es zehnmal mehr); dies alles als Etappen im Zeichen des von der Mehrheit der Bundespolitiker erhofften EU-Beitritts, der zum Glück vom Volk ebenso vehement abgelehnt wird.

Ein Volk, dem – vor allem Christoph Blocher sei Dank – die Augen hinreichend geöffnet wurden, damit es den EWR als das «Trainingslager zum EU-Beitritt» ablehnte. Aber die Augen wurden nicht hinreichend geöffnet, um auch zwei weitere Salamischeiben abzulehnen, deren Folgen heute offen-

sichtlich sind. Der Druck der EU hat dann – auch diesmal dank der Weitsicht von Blocher – dazu geführt, dass der Bundesrat (zumindest für den Moment) den Rahmenvertrag nicht unterzeichnet hat, der in Tat und Wahrheit einem indirekten Beitritt zur EU gleichgekommen wäre.

Das gleiche Prinzip gilt für die zahlreichen Versuche, unsere Armee zu schwächen (Abbau der Bestände, Zivildienst, Verbot des Kaufs von Kampfflugzeugen etc.) seitens der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GsoA). Ein Ziel, das in diesem Falle die GsoA zumindest offen und nicht im Verborgenen verfolgt.

Heutzutage wird, als jüngstes Beispiel, diese Taktik im Hinblick auf die Initiative «Ehe für alle» angewendet. Erinnern Sie sich an die Abstimmung über die Einführung der «Registrierten Partnerschaft» vom 5. Juni 2005? Nun, in den Erläuterungen hat der Bundesrat ausgeführt: «Das Gesetz über die registrierte Partnerschaft erlaubt es zwei Frauen oder zwei Männern nicht, gemeinsam ein Kind zu adoptieren. Auch der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin ist ihnen verwehrt. Sie können somit keine Familie im engeren Sinne gründen.» Und im Weiteren: «Gleichgeschlechtliche Paare dürfen keine Kinder adoptieren. Sie dürfen auch nicht ein biologisches Kind eines der Partner adoptieren. Auch ist ihnen die Fortpflanzungsmedizin (z.B. Samenspende) nicht erlaubt.

Durch die eingetragene Partnerschaft besiegeln zwei erwachsene gleichgeschlechtliche Partner ihre Lebensgemeinschaft. Sie stellen aber nicht die

Grundlage für die Gründung einer Familie dar, da sie kein Adoptivrecht haben und ihnen der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin verwehrt ist. Entgegen der Meinung des Referendumskomitees gefährdet eine Partnerschaft dieses Typs die Ehe nicht».

Das Referendumskomitee hatte seinerseits – nebst der Präsentation seiner gegnerischen Argumente – gewarnt: «Die Annahme des Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft würde die registrierten Partner dazu verleiten, recht bald ein Adoptionsrecht und den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin zu fordern». Das war aus heutiger Sicht eine wahrlich prophetische Aussage (über voraussehbare Folgen), aber an solche Folgen haben wir uns wegen der fortlaufend häufiger angewendeten erwähnten Salamitaktik der Bundesregierung nunmehr gewöhnen müssen. Die erste und unverdaulichste Salamischeibe wurde vom Volk mit 58% geschluckt, die zweite – etwas verdaulichere – kommt jetzt mit diesem neuen Gesetz auf uns zu, danach wird (wahrscheinlich) eine dritte Scheibe kommen, wenn wir denn nicht gleich sofort die gesamte Portion zur Verdauung verabreicht bekommen, und dies nicht notwendigerweise auf oralem Wege.

Ich weiss nicht, ob 16 Jahre die Zeitspanne wiedergeben, welche das Referendumskomitee als «recht bald» bezeichnete, jedenfalls ist die Forderung erwartungsgemäss rasch erhoben worden.

Die Gay-Befürworter des Gesetzes verstehen ihre Forderung nicht so sehr als Gleichbehandlung, sondern – auch,

aber nicht nur – um ein Adoptionsrecht zu erhalten oder um Kinder gar invitro «herstellen» zu lassen, ungeachtet des Rechts eines jeden Kindes, mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen zu können. Und im Verlaufe dieser 16 Jahre haben sie die Unterstützung erhalten breiter Bevölkerungskreise, die zwar ihrer sexuellen Orientierung nicht zugewandt sind, die aber eine falsch interpretierte Gleichberechtigung im Zeichen der Liebe ohne jegliche Schranken befürworten.

Es gebe ja vaterlose Kinder auch im Falle von Witwen oder unverheirateten Frauen, bringen die Gays als Argument vor. Klar, das gibt es, aber man darf nicht unglückselige und unabwendbare Fälle als Basis heranziehen, um damit eine falsche Strategie zu rechtfertigen. Das wäre, wie wenn man es Betrunkenen erlauben würde, ein Fahrzeug zu führen, mit dem Hinweis darauf, dass es vielen von ihnen ja dennoch gelinge, unfallfrei nach Hause zu fahren.

Die eingetragene Partnerschaft hat die die Diskriminierungslücken geschlossen zwischen homosexuellen Partnern und Ehepaaren, dies in juristischer, sozialer, erbschaftsrechtlicher, steuerlicher und anderer Hinsicht. Dabei sollte es bleiben. Das Interesse der Kinder ist höher zu werten als jeglicher egoistische Mutterschafts- oder Vaterschaftswunsch seitens Einzelner oder von Partnern.

Ich lade Sie deshalb ein, NEIN zu stimmen zu diesem Gesetz, welches unsere wohl allerwichtigste Institution, nämlich die Familie, durcheinander bringen würde.

Warum die Städte Flüchtlinge wollen

Liebe Leserinnen und Leser Linke Politiker – bezeichnenderweise alles Städter – fordern die Aufnahme von mehr Flüchtlingen aus Afghanistan. Sie verstecken die Forderung vordergründig hinter humanitären Floskeln. Dahinter steht jedoch politisches Kalkül. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Die Schweiz gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern und hat eine der höchsten Ausländer-Quoten überhaupt. Wie kann man da fordern, wir sollen immer noch mehr Menschen aufnehmen, die sprachlich, kulturell, religiös und gesellschaftlich meilenweit von uns entfernt sind und zudem unsere Kriminalitätsstatistik belasten? Trotzdem



wollen zum Beispiel Fabian Molina und Mattea Meyer aus der SP 10'000 Afghanen aufnehmen. Beide kommen bezeichnenderweise aus Städten. Die Stadt Bern unter dem grünen Stadtpräsident Alec von Graffenried will auch Afghanen aufnehmen, der Schweizer Städteverband ebenfalls. Balthasar Glättli, wohnhaft in der Stadt Zürich, wollte 2015 100'000 Syrer aufnehmen.

Sie fragen sich vielleicht: Warum um Himmels Willen wollen die Stadt-Rot-Grünen unbedingt möglichst viele Flüchtlinge? Ist es nur, weil sie so ein gutes Herz und so viel Mitgefühl mit anderen Menschen haben? Meinen sie wirklich, es gäbe keine Probleme mit zum Teil hochgradig problematischen Asylsuchenden aus Afghanistan und Syrien, die fast sicher in der Sozialhilfe und einige davon in der Kriminalität landen?

Die Haltung der roten und grünen Linken ist berechnend. Sie wissen nämlich genau, dass der Nationalrat und die Kantonsparlamente nicht nach der Anzahl Schweizer Bürgerinnen und Bürger, sondern nach der

Anzahl der Gesamtbevölkerung zusammengesetzt werden.

Die Linken in den Städten wissen ebenfalls, dass die Flüchtlinge rasch zu den vorläufig Aufgenommenen und dann zu den Einwohnern gezählt werden. Weil sie sich vor allem in den Städten niederlassen, ergibt das eine grössere Bevölkerung und damit mehr Parlamentsmandate und somit mehr politische Macht für die links dominierten Städte. Mit der Personenfreizügigkeit und mit einer möglichst grosszügigen Zuwanderungs- und Ausländerpolitik können sie die politische Mehrheit in der Schweiz zugunsten der Städte und zum Schaden von Agglo und Land umkehren.

Nehmen wir als Beispiel den Kanton Zürich. Dort wurden die Mandate für den Kantonsrat bis 1989 nach Anzahl Schweizer Bürger zugeteilt. Auf Verlangen der Städte wurde das geändert; seither werden die Kantonsratsmandate nach Anzahl der Gesamtbevölkerung zugeteilt – was den linken Städten Zürich und Winterthur natürlich wesentlich mehr Mandate einbringt. Denken Sie daran, wenn die linken Städter das nächste Mal nach noch mehr Flüchtlingen rufen.

Mit freundlichen Grüssen aus den Sümpfen von Bern.

Thomas Matter
Nationalrat, Meilen (ZH)



SITAF
IN TICINO DAL 1961

- PROTEZIONI FUOCO
- TETTI PIANI E A FALDA – LATTONERIE
- BONIFICA AMIANTO
- FACCIATE VENTILATE E A CAPPOTTO
- RISANAMENTI E RIVESTIMENTI IN RESINA

+41 (0)91 941 81 71
www.sitaf.ch
sitaf@sitaf.ch



Covid-19

Ein kurzer Schwatz mit Christoph Blocher

In der Ausgabe vom 3. September ist in der Zeitung «Il Paese» das Editorial des Direktors erschienen, in welchem er versucht hat, die Haltung der SVP hinsichtlich der Impfungen resp. des möglichen Impfwangs darzulegen. Da die Medien absichtlich die SVP kurzerhand als impf-feindlich abzustempeln versuchen, haben wir es für gut befunden, uns darüber mit einem weitaus bedeutenderen Exponenten der Partei zu unterhalten.



I.P.: Herr Dr. Blocher, die Verbreitung des Coronavirus scheint aufgrund der gegenwärtigen Impfkampagne etwas abgebremst zu sein. Dennoch werden die Impfungen seitens des Volkes kontrovers diskutiert. Es ist ein richtiggehender Glaubenskrieg ausgebrochen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern, der die Meinungsbildung der Leute entzweit und jede/n verdächtig macht, der/die sich nicht zum einen oder zum anderen Lager bekennt. Wie schätzen Sie selber die Lage ein?

C.B.: Es ist verständlich, dass in Bezug auf Impfungen verschiedene Ansichten existieren. Es gab stets grundsätzliche Impfgegner – die kann man nicht überzeugen. Die meisten, die noch nicht geimpft sind, sind zurückhaltend, weil sie den Druck von Seiten des Staates als Eingriff in die Freiheit betrachten. Ich selbst finde, es sollte sich jedel/

aus Eigenmutter impfen lassen, damit er weniger angesteckt wird und besser geschützt ist.

I.P.: Die SVP vertritt klar die Haltung für eine individuelle freie Entscheidung und ist deshalb gegen jeglichen Impfwang. Das kann von den Medien genüsslich dazu instrumentalisiert werden, um zu behaupten, die SVP sei kurzerhand gegen die Impfungen. Darf man den Impfungen zustimmen und dennoch gleichzeitig gegen ein Impfbobligatorium sein?

C.B.: Ich bin gegen einen grundsätzlichen Impfwang. Aber es gibt Leute, die müssen entweder geimpft, getestet oder genesen sein, weil sie eine besondere berufliche Stellung haben – z. Bsp. in Alters- und Pflegeheimen. Hier muss man es verlangen, sonst kann in diesen Berufen nicht gear-

beitet werden.

Selbstverständlich kann man den Impfungen zustimmen und gleichzeitig gegen ein Impf-Obligatorium sein.

I.P.: Wenn ja, wie soll man das unseren Wählern erklären, ohne von ihnen als zweideutig wahrgenommen zu werden?

C.B.: Man muss es erklären und überzeugen, aber ohne Druck und ohne Verachtung der anderen Meinung Ausdruck zu geben.

I.P.: Wir wissen, dass bedeutende Persönlichkeiten unserer Partei – wie etwa Marco Chiesa und Roger Köppl, die das auch öffentlich bekanntgeben – sich haben impfen lassen. Dürfen wir uns die Frage erlauben, ob auch Sie es getan haben?

C.B.: Ich habe mich bereits im Februar, diesen Jahres impfen lassen



DS-SVP
Tessin

Liebe DS-SVP-ler

Unser nächster Stamm im Hotel Delfino ist für den nächsten Samstag 18. September 2021 geplant.

Gemäss dem neuen Bundesrat entscheiden dürfen nur Personen mit einem gültigen 3-G-Pass im Innenraum des Restaurants speisen. Da der Grossteil der Aktiven ds-SVP-ler NICHT geimpft ist, sind wir gezwungen diesen Stamm auf der Terrasse durchzuführen.

Wir werden uns also wieder zur gewohnten Zeit um 11.30h zum Apero und anschliessen zu einem gemeinsamen Mittagessen im Delfino treffen. Bei Regen muss der Event abgesagt werden. Bei Unsicherheit könnt ihr euch bei mir telefonisch informieren. Tel: 079 621 70 73.

Leider wird das wahrscheinlich für dieses Jahr der letzte Stamm im Delfino sein, ausser wir erhalten noch einen wunderschönen warmen Herbst. Das wird zur gegebenen Zeit neu entschieden.

Der Stamm in Ascona (Ticinella) ist ebenfalls per 1. Oktober geplant. Selbstverständlich ebenfalls auf der Terrasse. Dieser Stamm sollte eigentlich durchzuführen sein, da die Terasse gedeckt ist.

Ich hoffe auf ein zahlreiches Erscheinen, damit wir unseren event. letzten Stamm in Lugano für dieses Jahr zusammen geniessen können. Bitte meldet euch an per homepage (www.ds-svp.ch), e-mail: eggemann.lucia @ gmail.com oder telefonisch: 079 621 70.73.

Liebe Grüsse,
Lucia Eggemann

und das auch öffentlich bekanntgeben. Mein Hausarzt hat dies empfohlen, und dann habe ich es getan – aus Eigenmutter.

I.P.: Was halten Sie vom Green Pass? Ist das tatsächlich eine unannehmliche Einschränkung unserer Freiheit, so wie es ein kurzerhand verordneter Impfwang darstellen würde?

C.B.: Ich verfüge zwar nicht über einen Green-Pass aber über einen Impfausweis. Das ist im täglichen Verkehr eine Vereinfachung.

I.P.: Herr Dr. Blocher, wir danken Ihnen für Ihre traditionelle Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten.

C.B.: Ich wünsche Ihnen allen und dem Kanton Tessin alles Gute.



100
anni

la tradizione di
Pinoja & Servalli continua

intervista a Gabriele Pinoja
condirettore L&G SA

Il Brokeraggio assicurativo: al servizio e nell'interesse dell'assicurato.

La L&G SA è un'azienda fortemente radicata nel territorio locarnese nel quale si specchia e si riconosce. Qual è il vostro bacino d'utenza e in quali termini vi approximate allo stesso?

Potendo contare su un bacino storico di assicurati "Basilese" ereditato grazie al grosso lavoro svolto da nostro padre Innocente e dal partner Andrea Servalli, l'avvio di attività quale broker assicurativi ci è risultato di molto facilitato; con il tempo abbiamo saputo poi guadagnarci la fiducia anche di una nutrita schiera di medie e grosse aziende non più solo del Locarnese ma di tutto il Ticino.

La vostra è "un'azienda-famiglia". Quali sono le sue prerogative e cosa la fa funzionare rispetto ad altre realtà?

Malgrado le visioni che possono a volte differire per sfumature caratteriali, ho la fortuna di avere un'intesa quasi perfetta con mio fratello Leonardo; entrambi diamo molta importanza alla vicinanza con la nostra clientela, ma anche a un profondo legame con il territorio. Crediamo che ogni cittadino debba rendersi conto dell'importanza del proprio contributo, piccolo o grande che sia, in favore della Comunità in cui vive. Siamo cresciuti con questi ideali trasmessici da nostro padre e cerchiamo di applicarli con impegno.

Quali sono, dal vostro punto di vista professionale, le maggiori preoccupazioni dei locarnesi? Quali, eventualmente, le soluzioni che proponete?

Effettivamente gli attori economici della nostra regione si trovano in un momento delicato. La mancanza di risposte chiare da parte delle autorità politiche, in particolare sulla pianificazione del territorio, sulla realizzazione dei collegamenti e in generale sulla collaborazione fra i Comuni, potrebbe scoraggiare gli investitori dei vari settori a scegliere la nostra regione. Sono convinto che non siano le "faraoniche pianificazioni" quelle che risolvono i problemi, quanto piuttosto gli interventi pragmatici e puntuali che sostengano concretamente l'economia locale.

Gettiamo – in breve – uno sguardo al futuro mirando su economia locale e realtà politico-amministrativa. Vince l'ottimismo o il pessimismo?

Sicuramente vince l'ottimismo. Questi è sempre vincente, al contrario dell'attitudine passiva del "piangersi addosso". Bisogna avere delle visioni per il futuro e ne abbiamo tutte le potenzialità in una regione stupenda, con uno dei climi migliori di tutta l'Europa, in una Nazione dove i Servizi e le Istituzioni funzionano ottimamente. Le premesse sono ottime: bisogna solo crederci.



Gabriele Pinoja
condirettore L&G SA

L&G SA

Via Municipio 2 t: 091 785 81 10
CH 6616 Losone f: 091 785 81 40

info@lgsa.ch
www.lgsa.ch

NEWS

è online il nuovo sito aziendale all'indirizzo:
www.lgsa.ch